

Mehrheit für Schuldenbremse

HESSEN | Am 27. März haben sich 70 Prozent der Wähler/innen in Hessen für die Aufnahme der Schuldenbremse in die hessische Landesverfassung ausgesprochen. Es war das einzige Bundesland, in dem überhaupt die Bevölkerung um ihre Meinung gebeten wurde. Der ver.di-Landesbezirk Hessen hatte im Vorfeld engagiert für die Ablehnung der Schuldenbremse geworben. Die Schuldenbremse schränkt massiv und ohne Not die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates ein, denn ab 2016 bzw. 2020 müssen Bund und Länder ohne Neuverschuldung auskommen. Trotz der Niederlage kann Jürgen Bothner, Leiter von ver.di-Hessen, dem Ergebnis etwas Positives abgewinnen: „Dass wir uns so entschieden in die Debatte eingemischt haben – ja eigentlich haben wir die Debatte erst eröffnet – das war wichtig. Gegen 95 Prozent des Landtags. Nun werden wir weiter dafür sorgen, dass die Parteien ein Konzept zeigen, wie Hessen in Zukunft sozial und öffentlich sein kann.“ CDU, FDP, SPD und Grüne hatten sich für die Schuldenbremse ausgesprochen, nur die Linkspartei war dagegen.

Rasendes Tempo

REICHTUMSUHR | Das Bündnis „Handlungsfähiges Hessen“ macht mit einer Reichtumsuhr auf die wachsende Ungleichverteilung im Land aufmerksam. Die zeigt an, wie sich das Nettoprivatvermögen in Deutschland von Sekunde zu Sekunde vermehrt. Zu sehen ist auch, welcher Anteil dieser Summe sich in der Hand des reichsten Zehntels der Deutschen befindet. Deutlich zeigt die Uhr auch, dass das ärmste Zehntel immer ärmer wird. Hinter dem Bündnis stehen der DGB-Bezirk Hessen-Thüringen und der Landesbezirk ver.di Hessen. Es arbeitet bei der Reichtumsuhr mit Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Ein Link zur Reichtumsuhr steht auf der ver.di-Website www.gerecht-geht-anders-hessen.de

Verzicht auf soziale Teilhabe

ARMUT | Jedes sechste Kind in Deutschland lebte 2010 in einem Haushalt, der auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen war. Das hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ermittelt. Zwar sei die Grundversorgung bei den meisten Kindern gesichert, aber bei Konsumgütern sowie sozialer und kultureller Teilhabe werde auf immer mehr verzichtet. Auch kurzfristig anfallende Ausgaben für Kleidung, Schulmaterialien, Freizeitaktivitäten oder ähnliches seien oft nicht möglich. www.iab.de

Quote bei Nominierung

AUFSICHTSRÄTE | In der Diskussion um Frauenquoten in der Wirtschaft sieht ver.di erhebliche Versäumnisse bei den Unternehmenseignern. Auf der Seite der Anteilseigner sind bei den börsennotierten Unternehmen weniger als vier Prozent der Aufsichtsratsmitglieder Frauen. „Fast ein Drittel unserer externen Gewerkschaftsmandate sind bereits mit Frauen besetzt“, sagt Dina Bösch, für Mitbestimmung zuständiges ver.di-Bundesvorstandsmitglied. „Wir haben uns bei ver.di seit 2003 auf eine angemessene Berücksichtigung der Geschlechter bei der Nominierung für Aufsichtsratswahlen verpflichtet. Das hat eine Menge bewirkt, wie man an den aktuellen Zahlen zum Frauenanteil auf Beschäftigtenseite sehen kann.“

ERFORSCHT

■ **10,7 Milliarden Fahrgäste** haben 2010 den Linienverkehr mit Bussen und Bahnen genutzt. Das sind durchschnittlich fast 30 Millionen Personenfahrten am Tag. Damit zeigt sich mittelfristig ein beständiger leichter Zuwachs. (QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT, [WWW.DESTATIS.DE](http://www.destatis.de))
 ■ **Mittlerweile arbeiten zwar mehr Mütter**, aber die Zahl ihrer Arbeitsstunden nimmt ab und ist vom Alter der Kinder abhängig. Väter arbeiten häufig mehr Stunden – unabhängig vom Alter der Kinder. (QUELLE: INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION, [WWW.IATGE.DE](http://www.iatge.de))

Gemeinsam wählen

SOZIALWAHLEN | Am 18. Mai ruft ver.di mit Betriebs- und Personalversammlungen zum Aktionstag auf. Wer will, kann dort seine Sozialwahlunterlagen ausfüllen und abgeben

VON Heike Langenberg

Am 18. Mai treffen sich die Beschäftigten des Schlei-Klinikums Schleswig MLK zur Betriebsversammlung. Dann geht es nicht nur um den geplanten Neubau, mit dem das Klinikum seinen Fortbestand sichern kann, ein wichtiges Thema des Betriebsrats sind die Sozialwahlen. Sozialwahlen? „Gefühlt sind das für viele Menschen vielleicht die unwichtigsten Wahlen“, sagt die Betriebsratsvorsitzende Gunhild Werling. Doch dieser Auffassung will der Betriebsrat mit der Veranstaltung entgegenreten. „Man muss wachsam sein, dass man nicht Schritt für Schritt Demokratie aufgibt“, sagt Gunhild Werling. Deswegen ist eine hohe Wahlbeteiligung an den Sozialwahlen für sie wichtig. Mit der Veranstaltung will der Betriebsrat daran erinnern und dafür sorgen, dass die Wahlunterlagen nicht zu Hause im Altpapier landen.

Daher hat der Betriebsrat des Klinikums schon jetzt die rund 700 Beschäftigten aufgefordert, ihre Wahlunterlagen mit zu der Betriebsversammlung zu bringen. Nach einem Vortrag von Axel Schmidt, Beauftragter der ver.di-

Bundesverwaltung für die Sozialwahlen, können die Wahlunterlagen dann in Wahlkabinen ausgefüllt werden. Da es sich bei den Sozialwahlen um eine Briefwahl handelt, werden die Briefumschläge aus den Wahlboxen nach der Versammlung zur Post gebracht und an die Versicherungsträger geschickt.

Wissen, wo der Schuh drückt

Der 18. Mai ist für ver.di bundesweit ein Aktionstag, an dem bei Betriebs- und Personalversammlungen auf die Sozialwahlen aufmerksam gemacht werden soll. Denn die Versicherten zahlen Jahr für Jahr viele Milliarden Euro in die Sozialkassen ein. In den Versichertenparlamenten, deren Zusammensetzung bei den Sozialwahlen festgelegt wird, können sie mitbestimmen, was mit dem Geld passiert. Deren Mitglieder passen auf, dass die Beiträge im Sinne der Versicherten eingesetzt werden. „Auf ver.di-Listen kandidieren Kolleg/innen, die aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Arbeit wissen, wo die Menschen der Schuh drückt. Sie haben arbeits- und sozialrechtliches Know-how und



Sozialwahl 2011
Zukunft wählen.

Wie wird gewählt?

Ende April erhalten die Versicherten der Deutschen Rentenversicherung Bund sowie der Barmer GEK, der KKH-Allianz, der Techniker Krankenkasse, der DAK und der hkk ihre Wahlunterlagen. Wer bei der Deutschen Rentenversicherung Bund und einer der genannten Ersatzkassen versichert ist, erhält zwei verschiedene Wahlunterlagen und kann zweimal abstimmen.

Die Sozialwahl ist eine Briefwahl. Daher ist es am unkompliziertesten, den Stimmzettel möglichst bald auszufüllen und im beigefügten Umschlag kostenfrei an den Sozialversicherungsträger zurückzuschicken – sonst geraten

die Wahlunterlagen noch in Vergessenheit. In einigen Betrieben und Dienststellen werden am 18. Mai Betriebs- oder Personalversammlungen abgehalten, bei denen die Sozialwahl Thema ist. Dort besteht dann auch die Möglichkeit, vor Ort mit abzustimmen. Wer das tun möchte, muss seine zuvor erhaltenen Wahlunterlagen mitbringen. ver.di sorgt dann dafür, dass der Brief zur Post kommt. Bis zum 1. Juni müssen die Abstimmungsunterlagen bei den jeweiligen Sozialversicherungsträgern eingegangen sein, sonst zählt die Stimme nicht.

www.verdi-waehlen.de

sind es gewohnt, sich in die konkrete Lage der Einzelnen zu versetzen“, sagt Axel Schmidt. Ihre wichtigste Botschaft ist: „Schluss mit der Sparpolitik auf dem Rücken der Versicherten.“

Alfred Schneider ist Mitgliedervertreter bei der Unfallkasse Saar. Er wird am 18. Mai den rund 160 Beschäftigten der Stadtverwaltung im saarländischen Bexbach bei der Personalversammlung aus eigener Erfahrung sagen, wie wichtig

dieses Ehrenamt ist. „Mitspracherecht bei der Gewährung von Leistungen“ und die „aktive Gestaltung bei der Sicherheit am Arbeitsplatz“ nennt er zwei wichtige Punkte. „Wir wollen die Beschäftigten sensibilisieren, was Sozialwahlen bedeuten“, sagt er. Für den Sprecher der Vertrauensleute der Stadtverwaltung Bexbach ist die Teilnahme an den Wahlen eine Möglichkeit der Teilhabe an der Sozialgesetzgebung.

Mehr Europa wagen

DEMONSTRATION | Rund 50 000 Menschen haben Anfang April in Budapest gegen den EU-Wettbewerbspakt demonstriert, auf den sich die EU-Länder im März verständigt hatten (siehe auch nebenstehenden Bericht). Anlass für die Demo war ein informelles Treffen der EU-Finanzminister in der Nähe der ungarischen Hauptstadt. „Den Staats- und Regierungschefs fehlen der Mut und der Wille, wirkliche Ursachen-Bekämpfung zu betreiben und mehr Europa zu



wagen“, kritisierte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach, eine der Rednerinnen bei der Kundgebung.

„Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen jetzt die Zeche dafür zahlen, dass die Finanzmärkte von der Politik erst dereguliert wurden und dann außer Kontrolle geraten sind“, so Buntenbach. Der Wettbewerbspakt sei für die Beschäftigten ein Minuspakt. Sie hätten in Zukunft weniger Geld im Portemonnaie durch wachsenden Druck auf die Löhne. Durch zunehmende Deregulierung würden ihre Jobs immer unsicherer. Auch sozialpolitische Leistungen würden nach und nach immer weiter abgebaut. So könne man die Arbeitnehmer/innen nicht von der europäischen Idee überzeugen.

Es ist gut, Mitglied zu sein

URTEIL | BAG hält Extra-Leistungen für Gewerkschaftsmitglieder grundsätzlich für rechters

Vorteile für die Gewerkschaftsmitgliedschaft, die in Tarifverträgen abgesichert sind? Geht das? Grundsätzlich ja. Das hat das Bundesarbeitsgericht Mitte März entschieden. In dem Urteil (AZ 4 AZR 366/09) ging es um eine Regelung bei der Hamburger Lagerhausgesellschaft (HHLA). Dort hatte ver.di neben tariflichen Verbesserungen für alle Beschäftigten ausgehandelt, dass ihre Mitglieder eine Erholungsbeihilfe in Höhe von 260 Euro erhalten. Das haben die Richter nicht in Frage gestellt. Solche einfachen Vorteilsregelungen sind nach ihrer Ansicht weiterhin möglich.

Allerdings hatte ver.di bei der HHLA auch vereinbart, dass ver.di-Mitglieder zusätzlich einen gleich hohen Anspruch erhalten, wenn der Arbeitgeber den anderen Beschäftigten ebenfalls eine entsprechende oder sonstige Leistung zahlt. Das ist eine sogenannte Spannungsicherungsklausel, die den Vorteil gegenüber Nichtmitgliedern sichert. Das halten die Richter des Bundesarbeitsgerichts nicht für zulässig. In einer Pressemitteilung begründen sie ihre Entscheidung damit, dass es die „Tarifmacht der Koalitionen“ überschreite, wenn der Vorsprung der Gewerkschafts-

Unter dem Schirm

WETTBEWERBSPAKT | Vorbild deutsche Schuldenbremse

Anfang April hat auch Portugal die EU um Hilfe aus dem Rettungsfonds gebeten. Diese Flucht unter den Rettungsschirm kam nicht unerwartet. Darüber kann das Land jetzt günstigere Kredite aufnehmen. Schon zuvor hatte es ein strenges Sanierungsprogramm angekündigt. Da die Opposition damit nicht einverstanden war, stehen für den 5. Juni Neuwahlen an.

Der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger sieht Portugal in zwei Teufelskreisen. Der erste gehe von den Finanzmärkten aus, erläuterte er in einem Zeitungsinterview. Diese reagierten misstrauisch auf die finanzielle Situation des Landes. Die Folge: Die Zinsen für das Land steigen an. Die Ursache des zweiten sieht er in den Sparprogrammen der EU und des Internationalen Währungsfonds. Portugal sei zum Sparen gezwungen, das belastete allerdings das Wirtschaftswachstum. „In der Folge ging das Defizit nicht wie geplant zurück, weswegen noch härtere Sparprogramme gefordert wurden – ohne Rücksicht darauf, ob die Konjunktur Portugals das überhaupt verkraften kann“, sagte Bofinger der Berliner Zeitung.

Doch Sparen scheint in der EU als Allheilmittel angesehen zu werden. Insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel, CDU, machte sich dafür stark, dass die Schuldenbremse auch in anderen Ländern übernommen wird. Damit will sie die Regierungen der anderen EU-Länder, insbesondere der Euro-Länder, zu mehr Haushaltsdisziplin anhalten.

Für Deutschland ist die Schuldenbremse bereits seit einiger Zeit eine beschlossene Sache. Dabei sagen Wirtschaftsexperten, dass Schulden durchaus sinnvoll sein können, wenn damit bleibende Werte geschaffen werden.

Die Wurzel allen Übels

Ende März haben sich die 17 Euro-Staaten auf einen neuen Wettbewerbspakt geeinigt, sechs weitere EU-Länder haben sich dem angeschlossen. „Staatschulden erscheinen jetzt als die Wurzel allen Übels“, warnte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Gerade der Blick auf „Musterschüler“ wie Spanien, so Bsirske, zeige, dass der Verzicht auf Schulden allein nicht für eine stabile Wirtschaft sorge. Vielmehr müsse man die Staaten aus der „Geiselhaft der Finanzmärkte befreien“. Er setzt sich dafür ein, die Spekulation gegen Staaten einzudämmen, insbesondere die, für die man die Staatsanleihen gar nicht erst besitzen muss, trotzdem aber auf ihre Entwicklung spekulieren kann.

Er befürchtet, dass die anderen EU-Länder durch den Wettbewerbspakt auch die schwache deutsche Lohnpolitik kopieren werden. Bsirske fordert stattdessen einen New Deal. Der neue Pakt soll unter anderem aus Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer finanziert werden. Mit ihm soll die Binnenkonjunktur in Europa stimuliert werden. „Wir brauchen eine koordinierte Sozial-, Finanz- und Steuerpolitik“, sagte Bsirske. „Mehr Europa, aber anders.“ *hla*

den Haustarifvertrag mit der Klausel zunächst unterzeichnet, später aber vor dem Arbeitsgericht Hamburg angefochten. Rund ein Drittel der rund 3 500 Beschäftigten des Unternehmens sind bei ver.di organisiert. ver.di schließt pro Jahr im Rahmen von Tarifverträgen bis zu 70 Vorteilsregelungen für Gewerkschaftsmitglieder ab. Für diese bedeutet das ein Plus von 200 bis 400 Euro pro Jahr. Dabei handelt es sich überwiegend um einfache Vorteilsregelungen. Fast alle bisherigen Vereinbarungen sind auf Ebene von Haustarifverträgen abgeschlossen. *hla*